

# Nordtangente: Die Politik bekennt sich zum Bürgerwillen

## Das sagen die Fraktionen zu der neuen Diskussion

Ahrensburg (reh). Ein ungläubiges Kopfschütteln zählt noch zu den moderaten Reaktionen auf den erneuten Versuch der Wirtschaftsinitiative Ahrensburg, den Bau der viel diskutierten Nordtangente durchzusetzen. Auch die Bewertung der Zukunftswerkstatt durch die stellvertretende Bürgermeisterin Susanne Philipp-Richter (CDU), der die Resolution der Wirtschaftsinitiative übergeben wurde (der MARKT berichtete) und in der ein Bau der Nordtangente spätestens in den nächsten zwei bis drei Jahren gefordert wird, stößt bei Politikern auf ein vergleichbares Echo.

Susanne Philipp-Richter hatte die Interessen und die Bedeutung der Wirtschaftsunternehmen, insbesondere deren Beitrag zum Ahrensburger Finanzhaushalt, gewürdigt und die Arbeit der Zukunftswerkstatt für die zukünftige Politik - aufgrund der ihrer Ansicht nach nicht so starken Beteiligung - eher gering gewichtet. In den Augen von Monja Löwer (Bündnis 90/Grüne) ist die Einschätzung von Susanne Philipp-Richter „schlichtweg eine Unverschämtheit. Die Wirtschaft ist nicht alles und es kann nicht sein, dass das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft der Stadt so geringschätzig behandelt wird. Frau Philipp-Richter oder einen der beiden Herren habe ich bei den durchaus kontroversen Diskussionen in den Arbeitskreisen der Zukunftswerkstatt zu den Verkehrsthemen nie gesehen“.



Noch ist die Ahrensburger Nordtangente in der Diskussion. Für wen bringt sie eine Be- oder Entlastung? Wie sieht die Linienführung aus? Ist sie überhaupt notwendig? Vor einem möglichen Anschlusspunkt, dem Ende der Kurt-Fischer-Straße im Industriegebiet, stehen noch alle Zeichen auf Stopp.

Foto: R. Ehlermann

### Lebensqualität

Auch Marion Clasen (FDP) stellt die Bürgerinteressen in den Vordergrund. „Es zählt die Lebensqualität in Ahrensburg und da sind die Einwohner im Gartenholz gefragt. Eine Tangentenlösung kann nur mit ihnen gemeinsam erarbeitet werden“. Ähnlich äußert sich Hinrich Schmick (WAB), selbst Bewohner des betroffenen Stadtteiles. „Ich sehe den Zeitdruck nicht, der hier herbeigeredet wird. Falls sich die Politik für eine Umgehung entscheidet, dann wird

diese nicht nach alten Plänen gebaut sondern umweltverträglich, beispielsweise mit einer Tunnellösung, und auch Delingsdorf muss in die Pflicht genommen werden“. Das sieht auch Rafael Haase (SPD) so. „In meinen Augen ist eine Umgehung notwendig und die Interessen der Wirtschaft legitim. Es kann aber nicht sein, dass sich die Nachbargemeinden, die schließlich auch von einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur profitieren, kreativen und modernen Lösungen verweigern“.

Für Jörn Schade, Fraktions-

vorsitzender der CDU, sind die Forderungen der Wirtschaft nicht neu. „Es besteht ein Konsens über alle Parteien hinweg, dass wir nicht alle Projekte auf Eis legen wollen. Wir werden und müssen Entscheidungen treffen - aber immer mit einer Einbindung der Ahrensburger Bevölkerung. Und dabei liefern die Zukunftswerkstatt und das Engagement der Einwohner unabdingbare Orientierungshilfen. Man muss sich in diesem Zusammenhang auch fragen, mit welchen konkreten Zahlen die Notwendigkeit der Nordtangente im Rahmen

einer längerfristigen Entwicklungsplanung für die Lebensqualität der Einwohner zu belegen ist. Ein Zeitdruck ist da fehl am Platz“.

Und Jens Wilking als Vertreter der IG-Gartenholz, die entscheidend zum Zustandekommen der Zukunftswerkstatt beigetragen hat, empfiehlt der stellvertretenden Bürgermeisterin und den prominenten Vertretern der Wirtschaftsinitiative einen Besuch der Zukunftswerkstatt. „Hier wird kontrovers, fachkundig aber auch fair über die Zukunft der Stadt diskutiert“.